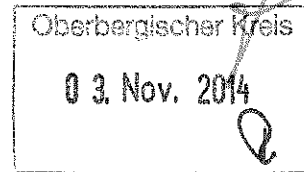
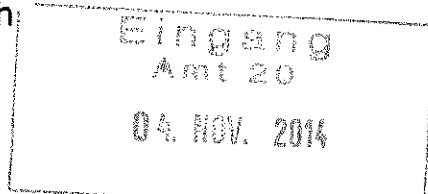




Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Oberbergischer Kreis

Oberbergischer Kreis
Der Landrat
51641 Gummersbach



Gummersbach, 30. Oktober 2014

Antrag auf Aufstockung der Mittel für die Schuldnerberatung

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Oberbergische Kreis hat 2005 mit den Schuldnerberatungsstellen der AWO, Caritas und Diakonie eine Vereinbarung zur Schuldnerberatung abgeschlossen. Seit dem haben wir keinen Ausgleich zu tariflichen Lohnsteigerungen erhalten.

Von 2005 - 2014 hatten wir Lohnsteigerungen von 17,3% zu bewältigen. Für 2014 und 2015 kommen nochmals 5,4% hinzu.

Wir sind jetzt an dem Punkt angelangt, wo wir einen Ausgleich dringend brauchen oder aber die Beratungsstunden kürzen müssen, um das Defizit zu verringern.

Dies würde die Wartezeit wieder deutlich erhöhen.

Außerdem sind seit 2009 diverse neue Aufgaben für die Schuldnerberatung hinzugekommen:

Das Ausstellungen von **Pfändungsschutzkonto - Bescheinigungen** als zusätzliche Existenzsicherungsmaßnahme für Ratsuchende, die sich nicht in der laufenden Beratung befinden, hat deutlich zugenommen. Die Bescheinigungen müssen kurzfristig erstellt werden und bedürfen zusätzlicher Informationen und rechtlicher Aufklärung für den Ratsuchenden.

Rechtliche Änderungen des „Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ und der „Insolvenzordnung“ erfordern einen zusätzlichen Aufwand an Information für die betroffenen Klientinnen und Klienten. Insbesondere die Pflicht zur Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit, neue Tatbestände zur Versagung der insolvenzrechtlichen Restschuldbefreiung und neue Anfechtungsmöglichkeiten der

Insolvenzverwalter erfordern nicht nur permanente Weiterbildung für die Beraterinnen und Berater, sondern auch einen größeren Zeitaufwand für die persönliche Beratung.

Zunahme der Terminnachfragen von Schuldnerinnen und Schuldnern mit **multiplen Problemlagen** wie etwa Suchtproblematik, psychische Krankheiten (mit gesetzlicher Betreuung) , drohende Wohnungslosigkeit und Problemen beim Ausfüllen behördlicher Anträge und Formulare . Dies bedeutet eine Zunahme sozialer Hilfen als flankierende Maßnahme zusätzlich zur Schuldenregulierung.

Wir bitten nicht, obwohl die Anforderungen stark gestiegen sind, um die Aufstockung der Stellen, sondern darum die Personalkostensteigerung der letzten Jahre auszugleichen, damit die Arbeit in bewährter Qualität weiter geführt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Martina Gilles
AWO
Geschäftsführerin



Pfarrer Thomas Ruffler
Kirchenkreis an der Agger
Synodalassessor



Peter Rothausen
Caritas
Caritasdirektor